Rheinblick

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE. Düsseldorf

Ausgabe 12
Herbst 2016

Erdoğans Krieg in Kurdistan



Foto: (CC BY-SA 2.0) Nedim Yılmaz/flickr

Beitrittsverhandlungen abbrechen

Die Türkei auf dem Weg in einen fundamentalistischen Islamismus

Der Putschversuch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 hat die politische Situation in der Türkei eskalieren lassen. Bereits seit der Beendigung des Waffenstillstandes mit der kurdischen Guerilla durch Erdogan am 24. Juli 2015 ist der Krieg in Kurdistan eskaliert. Seitdem wurden über ein dutzend kurdischer Städte dem Erdboden gleich gemacht, hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, hunderte Männer, Frauen und Kinder ermordet.

Nach dem Putsch versucht Erdogan die gesamte Opposition zu eliminieren. Kritische Zeitungen und Fernsehsender wurden verboten, die verbliebenen Massenmedien sind gleichgeschaltet, zahlreiche Internetseiten nicht mehr erreichbar. 60.000 Menschen sind entlassen worden, weitere 19.000 wurden festgenommen, ca. 10.000 von ihnen wurden verhaftet. Fast 50.000 Menschen mussten ihre Reisepässe abgeben. Tausende Richter*innen und Staatsanwält*innen, darunter zwei Verfassungsrichter, Offiziere, Polizeibeamte, Gewerkschafter*innen, Journalist*innen, Lehrer*innen, politische Oppositionelle, wurden inhaftiert. Die Verhaftungswelle begann wenige Stunden nach dem Putschversuch. Vieles spricht dafür, dass hier vorbereitete Listen, die für einen eigenen Staatsputsch angelegt wurden, abgearbeitet werden. Erdogan will die islamistische Diktatur.

Erdogan behauptet, der Prediger Gülen der im Exil in den USA lebt, habe den Putsch organisiert. Die türkische Regierung hat ein Auslieferungsgesuch an die USA gerichtet. Erstaunlicherweise wird dieses Gesuch nicht mit Gülens angeblicher Verwicklung in den Putsch begründet, sondern mit der Unterwanderung des türkischen Staates durch die „Gülen Bewegung".

Der Einfluss der türkischen Regierung in der BRD ist erheblich. Über DITIB (Moscheenverband des türkischen Staates in Europa) und in der UETD (politische Lobbyorganisation der AKP) organisieren sich die nationalistischen Anhänger Erdogans. In vielen DITIB Moscheen predigen Imame, die von der türkischen Regierung bezahlt werden. Über 6.000 bezahlte „Zuträger" sammeln Informationen und leiten diese an den türkischen Geheimdienst und Konsulate weiter. Etliche DITIB Vorstände sind den Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen beigetreten und beeinflussen somit politische Entscheidungen. Auch in den Kommunen sind einflussreiche Positionen von Erdogans Anhängern besetzt. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass sowohl die türkische Community als auch „deutsche politische Entscheidungsträger" einem starken politischen Druck ausgesetzt sind.

Die Bundesregierung muß deutlich machen dass Grund- und Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Solange in der Türkei Folter und Massenverhaftungen praktiziert werden, es keine Presse- und Informationsfreiheit gibt, keine unabhängige Justiz, sind die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen. Die finanzielle und militärische Unterstützung ist ebenfalls einzustellen solange Erdogan islamistische Mörderbanden in Syrien unterstützt. Die AL-Nusra-Front, Ahrar al sham und weitere islamistische Gruppierungen werden weiterhin von Erdogan mit Waffen beliefert. Erdogan setzt sie auch im Kampf gegen die Kurdenmilizen ein, die zu den engagiertesten Anti-IS-Kämpferinnen gehören und dem sog. IS große Gebietsverluste zugefügt haben.

D. Liebetanz

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die regierenden Parteien wollen Freihandelsabkommen um jeden Preis durchsetzen. In der Praxis bedeutet das, CETA, TTIP und TISA werden den internationalen Lohnunterbietungswettbewerb bis in Bereiche des städtischen Lebens bringen, wo Qualität und eine Orientierung am Gemeinwohl unbedingt nötig sind und Gewinnorientierung schädlich ist: Kinderbetreuung, Krankenversorgung, Bildung, soziale Dienste. Freihandelsabkommen bedrohen Kultureinrichtungen und das Vereinswesen: Wenn mit Kultur, Sport oder Brauchtum Geld zu verdienen ist, darf die Stadt dann dort keine Gemeinnützigkeit und Ehrenamtlichkeit mehr fördern; sonst drohen ihr Investorenklagen auf Entschädigung für 'entgangene Gewinne'. Genau so würden die Freihandelsabkommen auch die lokale Wirtschaftsförderung und damit die kleinen und mittelständischen Betriebe treffen. Hunderttausende Menschen und viele Städte und Gemeinden wehren sich darum lautstark gegen CETA, TTIP und TISA. Was aber macht die SPD-geführte Düsseldorfer Stadtregierung? Sie schweigt. Sie steckt den Kopf in den Sand und träumt vom Glanz Olympischer Spiele.
Die SPD in Land und Bund setzt erneut die Interessen der Konzerne auf Kosten der Menschen durch, die sie eigentlich vertreten sollte; genau wie bei der Einführung der Hartz-Gesetze und der Agendapolitik. Diesen Ausverkauf von Demokratie, Umwelt- und Sozialstandards dürfen wir ihr und den anderen Parteien nicht durchgehen lassen! DIE LINKE will, dass die DüsseldorferInnen über die Zukunft ihrer Stadt bestimmen können und nicht die Großkonzerne. Unterzeichnen auch Sie gegen TTIP und CETA unter www.volksentscheid.de.
Christian Jäger Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
Tel: 0211 933 60 81
info@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Mieten in Düsseldorf

So hoch wie noch nie

Düsseldorf liegt bei der Höhe der Mieten hinter Köln an zweiter Stelle in NRW. So steht es im „Wohnungsmarktreport NRW 2016“, den die LEG Immobilien AG am 25. August der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Danach liegt Düsseldorf mit einer Durchschnittsmiete von 9,63 Euro/m² fast 50 % über der durchschnittlichen Miete in NRW. Während in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt 18,3 % des Monatseinkommens für die Miete aufgewendet werden müssen, liegt der Wert in Düsseldorf bei 24,5 %. Aber was heißt schon im Durchschnitt. Viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer müssen weit über 30 % ihres Monatseinkommens für Wohnkosten aufbringen. Das betrifft natürlich in erster Linie Menschen mit geringem Einkommen.

Wo bleiben die Versprechungen der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sowie des Oberbürgermeisters, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen? Es gibt zwar ein Wohnungsmarktkonzept, das den Bau von bis zu 30% Sozialwohnungen vorsieht. Angesichts der Tatsache, dass pro Jahr ca. 1.200 Wohnungen aus der Preisbindung entfallen, kann diese Regelung aber noch nicht einmal diesen Verlust ausgleichen.

Die stadteigene Wohnungsgesellschaft SWD hat jetzt angekündigt, in den nächsten Jahren 200 Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 120 als Sozialwohnungen. Auch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Wohnungsmarktkonzept ist auch der Bau von bis zu 20% sogenannter preisgedämpfter Wohnungen vorgesehen. Mit Mieten von bis zu 9,60 Euro/m² liegt dieses Segment in einem Bereich, das sich über 50% der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer nicht leisten können.

Statt selbst für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, verkauft die Stadt zunehmend Grundstücke an Investoren, die sich der Gewinnmaximierung verschrieben haben.

Mit städtischem Wohnungsbau könnte Düsseldorf für die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Wohnungen und gleichzeitig für einen nachhaltigen Aufbau städtischen Vermögens sorgen. Das sind Forderungen, die DIE LINKE schon seit Jahren erhebt. Allerdings können sich solche Ideen nur mit Druck aus der Bevölkerung durchsetzen.



Luxuswohnungen in Heerdt Foto: © Rheinblick

Mutterschutz ab 1878

2016 die „Reformierung“ des Mutterschutzes

Im Jahr 1878 wurde erstmals in Deutschland, in der Reichsgewerbeordnung § 138 Abs. 4, das Beschäftigungsverbot für Facharbeiterinnen bis 3 Wochen nach der Niederkunft festgelegt. Bismarck gewährte 1883 mit der Krankenversicherung der Arbeiter (KGV) neben Arbeiterinnen auch im Handwerk und in sonstigen Gewerbebetrieben beschäftigten Wöchnerinnen das sogenannte Wochengeld. Es betrug nur die Hälfte, später 3/4 des Grundlohnes und wurde daher oft umgangen. 1927 ratifizierte der Deutsche Reichstag das Washingtoner Übereinkommen vom November 1919 über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Geburt. Damit wurde eine evtl. Kündigung 6 Wochen vor und nach der Niederkunft unwirksam. Art und Umfang der Entgeltersatzleistungen und das Stillgeld wurden in der Reichsversicherungsordnung von 1911 geregelt. Kontinuierlich wurde der Mutterschutz verbessert. Diese Kontinuität wird 2016 unterbrochen und das Mutterschutzgesetz von der SPD in der Großen Koalition aufgeweicht. So Familien- und Frauenministerin M. Schwesig: „Mit dieser Reform passen wir den Mutterschutz an die heutigen Realitäten an. Die Pflichten der Arbeitgeber hinsichtlich der Gefährdungsbeurteilung sollen neu strukturiert und klarer gefasst werden, sodass die Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung während der Schwangerschaft gestärkt und berufliche Nachteile vermieden werden“. Im Klartext heißt das: das Beschäftigungsverbot wird ausgehebelt und die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung während der Schwangerschaft soll gestärkt werden. So besagt z. Bsp. § 3: Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung nicht beschäftigen, soweit sie sich nicht zur Arbeitsleistung AUSDRÜCKLICH bereiterklärt. Dies gilt auch für die Arbeitszeiten von 18:00 bis 22:00 Uhr, wenn die Schwangere dem AUSDRÜCKLICH zustimmt. Selbst für die Nachtarbeit würde diese zweifelhafte Regel gelten, natürlich mit „ausdrücklicher“ Zustimmung der betroffenen Frauen. Die Genehmigungspflicht der aufsichtsführenden Behörde entfällt. Damit ist der Willkür einiger Arbeitgeber Tür und Tor geöffnet Druck auf die Schwangeren auszuüben. Der bisherige Mutterschutz fällt weg und die Frauen müssen wieder um ihren Arbeitsplatz bangen wenn sie sich gegen die Mehrarbeit entscheiden. Die Beschneidung des Mutterschutzes hat nichts mit Emanzipation oder Zeitsouveränität zu tun. Hier wird die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie von den Füßen auf den Kopf gestellt. Dieser Gesetzentwurf zeigt wieder einmal die Wandlung der SPD zur unsozialen Agendapartei, die gnadenlos zu Gunsten der Unternehmer handelt.

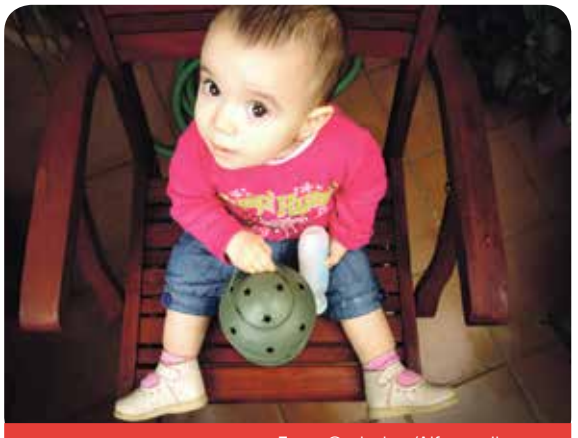


Foto: © pixabay/Alfonso Jimenez

Quellen: Freie Plattform für Arbeiterpolitik, Dd., Nr.2, 15.7.2016, S.4, L. Esser sowie Wikipedia

Neuer Bundesverkehrs-Irrwegeplan

Der neue Bundesverkehrswegeplan, den Alexander Dobrindt sich Anfang August vom Bundeskabinett beschließen ließ, wird von vielen Seiten kritisiert. Der ökologisch orientierte Verkehrsclub Deutschland (VCD) und auch der BUND halten ihn für völlig ungeeignet, um zukünftige Herausforderungen bis 2030 zu meistern. Autoverkehr zu vermeiden und dafür das Schienennetz auszubauen ist genauso wenig ein Thema wie Elektromobilität.
Der Bund für Umwelt und Naturschutz, kurz BUND, hat bereits Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt, da Umweltvorgaben systematisch nicht beachtet werden. Stattdessen wird die Verkehrspolitik der letzten Jahre weitergeführt. Es werden mehr Autostraßen gebaut, da es durch den angeblich erhöhten Wohlstand immer mehr Autos in Deutschland gibt. Die ökologisch dringend benötigte Verkehrswende kommt nicht. Aber wen interessiert schon der Klimawandel. Auch bei der Errechnung der Projektkosten werden mögliche künftige Preisveränderungen z.B. bei den Baukosten genauso wenig prognostiziert wie sinkende Zinsen oder über den Erwartungen liegende Steuereinnahmen des Bundes. Und selbst diese unkalkulierten Kosten liegen schon bei ca. 300 Milliarden Euro.
Die LINKE fordert einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr, der von allen Menschen bezahlbar und benutzbar sein muss.
Dazu ist es auch notwendig, Barrieren für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen zu beseitigen. Der private Verkehr muss, bis zu einem gewissen Grad, nach und nach dem öffentlichen weichen. Auch Radwege und Fahrradabstellplätze müssen endlich eingeplant werden. Mobilität und damit die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben darf dazu nicht vom Geldbeutel abhängen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im gesamten Nahverkehr und auch im Fernverkehr für einkommensschwache Menschen Sozialtickets verbindlich eingeführt werden und bezahlbar bleiben. Auch Konzepte eines fahrscheinlosen ÖPNV müssen diskutiert und weiterentwickelt werden. Öffentlicher Personennahverkehr muss grundsätzlich auch in öffentlicher Regie durchgeführt werden. Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnt die Bundestagsfraktion DIE LINKE ab.

Natalie Meisen

Gute Gesundheitsversorgung für alle

Rummurksen am Gesundheitssystem, zusätzlich unter massivem Lobbyeinfluss von Pharmaindustrie, Ärzteschaft, Krankenhauskonzernen und etlichen weiteren mächtigen Interessengruppen, ist seit Jahrzehnten gängige Praxis, egal welche politische Konstellation gerade das Land regiert. DIE LINKE fordert als einzige größere Partei eine konsequent gute und gleichwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen unabhängig von Geldbeutel und sonstiger Lebenslage.
Am 25. August war die Bundestagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Kathrin Vogler, im Rahmen ihrer Kampagne „Bettentour“ in Düsseldorf und brachte den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern das gesundheitspolitische Konzept der LINKEN näher. Gerade vor dem Hintergrund der Insolvenz und des Verkaufs des Dominikus-Krankenhauses an einen privaten Betreiber ist dieses Thema auch hier vor Ort von aktuellem Interesse.
Zu den Kernforderungen der LINKEN in der Gesundheitspolitik gehört eine Abschaffung der faktischen Klassengesellschaft in der medizinischen Versorgung. Das nebeneinander privater und gesetzlicher Krankenkassen soll enden. Alle Menschen in Deutschland sollen in eine einheitliche Krankenversicherung kommen, auch Beamte, Freiberufler und andere bisher privat Versicherte, möglich bleiben private Zusatzversicherungen.
Alle Einkommensarten sollen zur Beitragsbemessung herangezogen werden, nicht nur Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten sondern etwa auch Erlöse freiberuflicher Tätigkeit ebenso wie Miet- oder Kapitalerträge, damit wird eine gerechte und breite Basis für die Finanzierung des Gesundheitswesens geschaffen.
Ohne Obergrenze für die Arbeitgeber soll der paritätische, also von Arbeitgebern wie Beschäftigten gleich hohe Anteil am Krankenkassenbeitrag wieder hergestellt werden. Durch diese Maßnahmen könnte der Beitrag für alle deutlich unter den heutigen Beitrag für abhängig Beschäftigte fallen.
Zuzahlungen für Medikamente und Klinikaufenthalte sollen entfallen, der medizinische Fortschritt sollen allen Patientinnen und Patienten gleichermaßen zugute kommen. Für diese Ziele setzt sich DIE LINKE nachhaltig ein.

Kein Soldateneinsatz im Innern

CDU/CSU wollen wieder einmal die Bundeswehr zur inneren Sicherheit einsetzen

Man könnte an ein Echo glauben, denn es wird eine alte innenpolitische Nummer vor allem von den Unionsparteien erneut auf die Bühne gebracht, der Bundeswehreinsatz im Inneren Deutschlands.

Autoritär gesinnte Geister sehen wieder einmal ihre Stunde gekommen, angesichts tatsächlicher und noch viel mehr gefühlter Gefahr von terroristisch, insbesondere islamistisch motivierten Anschlägen, die an willkürlicher Stelle die Allgemeinheit treffen könnten.

Die Bundeswehr darf auch in Deutschland außerhalb des Kriegsfalles eingesetzt werden, allerdings nur zur Hilfe bei Katastrophen, etwa zum Verstärken von Dämmen bei schweren Hochwassern. Hiergegen wird niemand egal welcher politischen Zugehörigkeit etwas sagen.

Nun aber, und nachdem 30 Jahre wie die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge auch die Polizei massiv und weitgehend lautlos bis an den Rande der Funktionsfähigkeit kaputtgespart wurde, will man auf das Militär zurückgreifen, wenn die für die innere Sicherheit zuständige Polizei aufgrund eben dieser Kaputtsparpolitik nicht mehr in der Lage ist, größere Gefahrensituationen zu bewältigen.

Sollte also etwas passieren, sollen nach dem Willen dieser Politiker dann zukünftig Panzer über die Königsallee oder die Schadowstraße rollen, um Terroristen zu jagen? Womöglich und im Falle einer erhöhten Bedrohung bereits präventiv Soldaten mit schussbereiten Waffen am Altstadtufer oder auf der Heinrich-Heine-Allee stehen? Diese Horrorvorstellung der Zivilgesellschaft ist nicht nur und aus gutem Grund verfassungswidrig, sie passt in keiner Weise zur Ausbildung und Aufgabenstellung des Militärs und alleine die Idee bewaffneter Soldaten an markanten Punkten des Alltagslebens schürt Angst in der Bevölkerung. Faktisch erreichen wird man überdies nichts, da die Bundeswehr hierfür auch völlig ungeeignet ist.

Wir brauchen eine vernünftige, funktionierende, aber ebenso demokratisch und von unabhängiger Justiz kontrollierte Polizei, die für die innere Sicherheit alleine zuständig ist, aber die Bundeswehr soll und muss außerhalb des Katastrophenschutzes dort bleiben, wo sie hingehört, in den Kasernen.

Natalie Meisen



Werbeeinsatz beim NRW-Fest Foto: © Rheinblick

Klatsche für Brüssel und Cameron

Mehrheit beim britischen Referendum stimmt für den Austritt aus der EU

Es kann keine Abstimmung gegen EU-Verträge geben“ so tönte Jean Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, noch beim Referendum in Griechenland 2015. Am Donnerstag, den 23.6.2016 beteiligten sich beim Referendum in Großbritannien 72 % der Wahlberechtigten. Hiervon entschieden sich 52%, entsprechend ca. 17 Mio. Personen, für den Austritt aus der EU, 48 % stimmten für den Verbleib. Zwar warf sich Nigel Farage von der United Kingdom Independence Party (UKIP), die bei der letzten Wahl 3,8 Mio. Stimmen erzielt hatte, in Siegerpose, jedoch den Ausgang des Referendums den Rechten zuzuschreiben ist verfehlt. David Goodhart, Kommentator der Financial Times, bezeichnete das Brexit-Votum als „Großbritanniens am meisten klassenorientierten Wahlgang der vergangenen Jahrzehnte, eine Bauernrevolte des 21. Jahrhunderts“ (Junge Welt Nr.147, S. 3). Bereits am Freitag, den 24.6. erklärte Premierminister Cameron seinen Rücktritt, zu Neuwahlen sagte er nichts. Ohne die nationalistisch-rassistischen Attacken, einschließlich der Ermordung einer Pro-EU-Parlamentarierin, zu verdrängen, hier handelt es sich um ein klares Votum gegen die Politik der sozialen Demontage und des Kaputtsparens des Staates durch die britischen Konservativen (Tories), auch wenn der Verbleib in der EU auf dem Stimmzettel stand.

So wurden seitens der britischen Regierung von den Gemeinden immer wieder Haushaltskürzungen verlangt, ohne dass für die steigenden Aufwendungen für Migranten/ innen aus der EU Ersatz zugesagt wurde. Die Einschätzung der Folgen des EU-Austritts für Großbritannien ist aktuell schwankend. Die Immobilien-Preise fallen, doch war schon länger mit einem Ende der Immobilien-Blase gerechnet worden. Die britische Zentralbank senkte ihre Prognose des Wirtschaftswachstums für 2017 von 2,3 % auf 0,8% und senkte den Zins für Kredite der Zentralbank auf 0,25% pro Jahr. Die Zahl der ausgeschriebenen unbefristeten Stellen liegt auf dem Niveau von 2009. Großbanken erwägen die Verlagerung von Stellen in die EU. Dem Dachverband der britischen Gewerkschaften wurde offiziell durch den zuständigen Minister erklärt, er sei bei den Gesprächen zur Vorbereitung der Austrittsverhandlungen <unerwünscht>. Das lässt deutlich ahnen, wie mögliche Lasten verteilt werden sollen. Die Erfahrung, dass unsoziale Politik zu Gunsten der Reichsten auch ohne die EU gemacht werden kann, steht noch bevor. Die Verfechter des Marktfundamentalismus in der EU werden jedoch künftig keine Möglichkeit mehr haben, sich im langen Schatten Margaret Thatchers zu verstecken. Die beliebte Ausrede, dass eine sozialere EU an London scheitere, zieht nicht mehr.

Quellen: Junge Welt Berlin Nr.144, 23.6.2016,S.12f.;Nr.146, 25./26.6.2016, S.1; Nr.147, 27.6.2016, S.3; Nr.182, 6./7.8.2016, S.9; Express Düsseldorf, 6.8.2016, S.2; Freie Plattform für Arbeiterpolitik, Düsseldorf, Nr.2, S.1.

Wolfgang Spahr

CETA, TTIP, TISA müssen weg

Freihandelsabkommen zugunsten der Konzerne sind noch lange nicht vom Tisch

Auch wenn sie aus der aktuellen Berichterstattung zwischenzeitlich verschwunden waren sind die drohenden Freihandelsabkommen noch immer eine nicht abgewendete Gefahr für Sozial- und Umweltstandards und weit darüber hinaus. Denn auch wenn die Proteste größer und von Menschen aus fast allen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppierungen getragen werden, die Profiteure werden davon nicht ablassen.

Auf einer Pressekonferenz Ende August bezogen verschiedene Organisationen gemeinsam Stellung gegen die Abkommen, allen voran CETA, welches EU und Kanada als erstes „beglücken" soll. Die Präsidentin des christlichen Hilfswerks Brot für die Welt wurde sehr deutlich: Die EU bekennt sich zu menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle Menschen weltweit, prüft aber etwa die Handelsabkommen CETA und TTIP nicht auf die Einhaltung eben dieser Rechte. Eine weitere Förderung der riesigen Agrarfabriken und -konzerne wird tausende Kleinbauern weltweit treffen und deren Existenz vernichten, in- wie auch außerhalb des Geltungsbereiches der Abkommen. Auch jede Entwicklungshilfe wird durch eine solche weitere Machtverschiebung zu den Agrarkonzernen ad absurdum geführt.

Der Vertreter des Deutschen Kulturverbandes wies darauf hin, dass CETA auch die Kulturpolitk einseitig zugunsten der großen Unterhaltungskonzerne und weg von einem breiten, auch durch die öffentliche Hand geförderten Kulturbetrieb verschieben wird. Nicht nur gefährden die Abkommen die kulturelle Vielfalt, sie bedrohen auch eine große Zahl an Arbeitsplätzen in kulturellen Einrichtungen.



Der Widerstand wächst Foto: ©DIE LINKE Bundestag

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, griff die Abkommen ebenfalls scharf an. Zementiert werde hier grundsätzlich gewinnorientiertes Handeln, was nicht durch staatliche Eingriffe eingeschränkt werden darf, konkret, es darf auch nicht im Nachhinein etwas verändert werden, was zu Lasten der Profitmaximierung geht. In Deutschland aber ist die Grundversorgung etwa mit Wasser oder Energie gemischt, auch gemeinwohlorientiert organisiert. In den Abkommen gibt es keinen Schutz für bisherige soziale Standards sowohl bei kommunalen Unternehmen wie auch etwa in kommunalen Einrichtungen wie KiTas. Gemeinwesenorientierte Grundversorgung und Daseinsvorsorge wird so immer schwieriger. Auch aus Angst vor Klagen werden künftige Gesetze immer weich gespülter werden.

Christoph Bautz, Geschäftsführer von Campact, kritisierte nicht nur die SPD, die entgegen ihrer eigenen Parteigrundsätze nicht klar gegen CETA und Co. Position bezieht, sondern ebenso auch die Grünen, die zwar auf der Seite der Gegner stehen, in den Landesregierungen unter ihrer Beteiligung aber bisher nicht klar durchsetzen, dass diese im Bundesrat gegen die Abkommen stimmen werden. Die Grünen, so Bautz, stehen hier klar in der politischen Verpflichtung. Er erinnerte auch daran, dass auch viele Anhänger von CDU und CSU nicht für diese Abkommen sind.

Der Widerstand gegen die Handelsabkommen muss auf allen Schauplätzen weitergehen.

Hängepartie wie gehabt?

Neues aus Portugal, Politikwechsel gestartet – in Spanien alles auf Anfang

Die Minderheitsregierung in Portugal, unter Ministerpräsident Costa von der Sozialistischen Partei seit dem 26.11.2015 im Amt, macht ernst mit dem verabredeten Politikwechsel. Gestützt auf Tolerierungsabkommen mit dem Linksblock und dem Wahlbündnis der Grünen mit der KP Portugals verständigten sich die Partner auf die Anhebung des Mindestlohns, der Renten und Sozialleistungen für Geringverdiener und der Ausgaben für das öffentliche Bildungswesen, bei Kürzung der Unterstützung für Privatschulen. Die Zwangsräumung von Wohnungen wurde gesetzlich erschwert. Die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, eine Anhebung der Mehrwertsteuer für Gaststätten und Hotels von 13% auf 23 % sowie die Streichung von 4 gesetzlichen Feiertagen durch die vorherige Regierung wurden zurückgenommen. Ab dem 1.7.2016 gilt für den öffentlichen Dienst wieder die 35-Stunden-Woche. Aktuell liegt Portugals Neuverschuldung bei 4,4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), nicht zuletzt wegen der mehrere Milliarden erfordernden Abwicklung der Banif-Bank, die von der Minderheitsregierung, unter Enthaltung der rechten Opposition, auf den Weg gebracht wurde. Da nach EU-Stabilitätspakt nur 3 % Neuverschuldung pro Jahr erlaubt sind, wurde von verschiedenen Seiten, u.a. von Schäuble, ein Defizitverfahren verlangt. Hierbei sind Strafzahlungen von bis zu 0,2 % der Jahreswirtschaftsleistung möglich. Der französische Finanzminister lehnte ein Defizitverfahren gegen Portugal ab. Die EU-Kommission setzte Portugal eine Frist, das Defizit bis Ende 2016 unter 3 % zu senken und konkrete Pläne hierzu bis zum 15.10. vorzulegen.

Quellen: <verdi-publik, Nr.2/2016, S.8; Junge Welt 26.5.2016, S.12f.; 31.5., S.9, 13.7., S.9; 30./31.7., S.9; 10.8., S.1.

Bei den Neuwahlen zum spanischen Parlament vom 26.6.2016 gingen 1 Mio. Menschen weniger zur Wahl als im Dezember. Die Volkspartei (PP) des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Rajoy erzielte, bei einem Stimmenzuwachs von ½ Mio., 137 Mandate und wurde zu Lasten der Staatsbürger-Partei (Ciudadanos) wieder stärkste Fraktion im Parlament. Die Sozialistische Arbeiter Partei (PSOE) erzielte 85 Mandate. Die gemeinsame Liste Unidos Podemos (Podemos und Vereinigte Linke) erhielt 900.000 Stimmen weniger als im Dezember und erreichte 71 Mandate. Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung errang 17 und die baskische Allianz EH Bildu 2 Mandate. Die absolute Mehrheit im Parlament liegt bei 176 Mandaten, die weder die PP und die Ciudadanos, noch die PSOE und Unidos Podemos erreichen. Mittlerweile erhielt Rajoy von König Felipe den Auftrag zur Regierungsbildung. Der Vorsitzende der PSOE, Sanchez, lehnte eine Koalition mit der PP sowie die Duldung einer von ihr gebildeten Minderheitsregierung ab.

Quellen : Junge Welt 29.6.2016, S.7; 29.6., S.7; 30./31.7., S.2; 11.8., S.7.

Wolfgang Spahr

NRW-Tag in Düsseldorf: Spiel, Spaß, Krieg

Am heißesten August-Wochenende fand die große Jubiläumsfeier Nordrhein-Westfalens zum NRW-Tag 2016 in Düsseldorf statt. Sie hatte einen Schönheitsfehler: Irgendwo zwischen den Hüpfburgen für Vorschulkinder und den Kletterwänden für Kinder und Jugendliche warb auf den Rheinwiesen die Bundeswehr mit ihrem Militärfuhrpark für das ‚Soldatenhandwerk'. So gab es für die Kleinen neben der Flughafenfeuerwehr auch Kriegsfahrzeuge zu bestaunen.
Die Bundeswehr hofft darauf, dass der eine oder andere der i-Dötze danach statt Feuerwehrmann lieber Feldwebel werden möchte. Soldat sein ist allerdings weniger ein Handwerk als ein Industriearbeiterjob, der Tote produziert. Der NRW-Tag lag außerdem noch direkt am Wochenende vor dem internationalen Antikriegstag/Weltfriedenstag 1. September. Friedensaktivisten wurden auf dem Familienfest von der Polizei dabei behindert, Eltern vor den Anwerbern der Bundeswehr zu warnen. DIE LINKE Krieg ist kein Kinderspiel! Soldaten gehören nicht auf ein Familienfest.DIE LINKE fordert: Kein Werben fürs Sterben - auf Festen, an Schulen oder im Jobcenter!
Christian Jäger

IMPRESSUM
Rheinblick

Herausgeberin:
Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:
Christian Jäger, Dietmar Liebetanz, Lutz Pfundner, Natalie Meisen, Olaf Nordsieck, Wolfgang und Birgit Spahr

Tel:
0211 933 60 81

email:
info@die-linke-duesseldorf.de

web:
www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:
Christian Jäger

Druck:
Berliner Zeitungsdruck